SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Meciar. (II)

Wlachovsky, Miroslav

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Wlachovsky, M. (1996). *Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Meciar. (II).* (Aktuelle Analysen / BIOst, 66/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46627

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*
*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**
*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*
*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Nr. 66/1996 25. Oktober 1996

# Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Mečiar (Teil 2)

**Zusammenfassung**
Die slowakische Außenpolitik wird von drei Illusionen geprägt: Wichtigkeit der geostrategischen Lage, vollständige nationale Souveränität und gleichwertige Optionen. Laut der Regierung Mečiar steht dem Beginn von Verhandlungen über die Aufnahme in die EU nichts im Wege. Im Gegensatz dazu weisen Vertreter der EU darauf hin, daß die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen vorläufig nicht erfüllt seien. Die Slowakei müßte dem "Acquis communitaire" der EU entsprechen, ihre makroökonomischen Ergebnisse stabilisieren und demokratische Institutionen stärken, damit Demokratie und Rechtsstaat dauerhaft garantiert sind.

## Illusionen der slowakischen Außenpolitik

Durch ihre historische Entwicklung (lange Periode des Kampfes um Autonomie und nationale Souveränität sowie verspätete Modernisierung), Probleme beim Aufbau des eigenen Staates sowie einige Strukturmerkmale befindet sich die Slowakei in einem anderen Stadium des demokratischen Übergangs als die benachbarten Staaten der Visegrád-Gruppe.[1] In der Slowakei hat bislang die Verlagerung von charismatischen Führern zu Staatsmännern und Berufspolitikern immer noch nicht stattgefunden. Charismatische Persönlichkeiten und Demagogen beherrschen nicht die Kunst des Kompromisses, des Verhandelns und der Erzielung eines Konsens. Sie haben sich nicht jene subtile Kombination konfrontativer Rhetorik mit entgegenkommender, auf eine Übereinkunft abzielender Praxis angeeignet, die für Politiker in den westlichen Demokratien typisch ist. In ihrem Vorgehen lassen sie sich eher vom Instinkt als vom rationalen Überdenken der langfristigen Folgen dieses Vorgehens leiten. Obendrein stützen sich ihre Überlegungen eher auf Mythen und Illusionen als auf strenge Fakten. Der slowakische Premier Vladimír Mečiar ist zweifellos eine solche starke, charismatische Persönlichkeit, und die Außenpolitik seines Kabinetts geht, wie aus dem im ersten Teil dieser Analyse Dargelegten zu ersehen ist, von mehreren solcher Illusionen aus.

### *1. Die Illusion über die geostrategische Lage der Slowakei oder Ohne uns geht es nicht*

Diese Illusion ist in der Slowakei außerordentlich verbreitet, sie wird sogar von vielen Politikern der Opposition geteilt. Sie ergibt sich aus der Tatsache, daß die Slowakei als einziges Land mit den

[1] S. Szomolányi, Zaostáva Slovensko v rámci stredoeurópskeho variantu tranzície?, in: Slovensko: vol'by 1994. Slovenské združenie pre politické vedy, Bratislava 1994.

anderen Visegrád-Staaten gemeinsame Grenzen hat, so daß es nicht gut möglich wäre, nur die übrigen drei Staaten in die westlichen Strukturen zu integrieren.

Die Politik am Ende des 20. Jahrhunderts hat sich im Vergleich zum Anfang des Jahrhunderts auffällig verändert, und unter dem Einfluß einer enormen Technisierung und einer beschleunigten Kommunikation verlieren viele kleinere Regionen ihre ursprüngliche Bedeutung. Im Vergleich zur Vergangenheit ist die geopolitische Bedeutung des gesamten Mitteleuropas deutlich geschwunden. "Unter dem makrogeopolitischen Aspekt wird Mitteleuropa zu einer Randerscheinung, weil auch ehemalige europäische Mächte, einst dem Titel nach sogar Weltmächte, zu Randerscheinungen werden. Dadurch verringert sich automatisch die Bedeutung der Slowakei als einer »wertvollen« Region im Rahmen des postsowjetischen Europas."[2] Ein Teilbestand dieser Illusion bzw. ihre Ergänzung ist die Vorstellung von der Slowakei als einer Brücke zwischen West und Ost. Doch auch wenn wir die These von der sich verringernden geopolitischen Bedeutung ganz Mitteleuropas zurückweisen, so gibt es innerhalb Mitteleuropas Staaten, die gegenüber der Slowakei mehrere komparative Vorteile haben, z.B. Polen, das die Funktion der erwähnten Brücke viel besser erfüllen könnte. Das gegenwärtige Niveau der weltweiten Kommunikation und des Handels ist nicht mehr von der geographisch determinierten Lage des Staates abhängig. Große Firmen und Großkapital tätigen ihre Geschäfte direkt und werden sie tätigen, ohne geographische Faktoren zu berücksichtigen. Sie brauchen keinen Vermittler untereinander einzuschalten, vom Stand der slowakischen Infrastruktur schon gar nicht zu reden.

### *2. Die Illusion von der vollständigen nationalen Souveränität und den Möglichkeiten ihrer Durchsetzung*

Auch diese Illusion geht eher auf die Realitäten zu Beginn des 20. Jahrhunderts bzw. das Ende des letzten Jahrhunderts zurück. Bei der heutigen wirtschaftlichen und Kommunikationsverflechtung entstehen nicht nur große übernationale Konzerne, sondern ganze Gruppen von Staaten bemühen sich um gegenseitige Integration, wobei sie natürlich einen Teil ihrer Vollmachten abtreten und an eine höhere Ebene delegieren. Viele slowakische Politiker, aber auch normale Bürger können natürlich nur schwer die Vorstellung akzeptieren, einen Teil der Vollmachten abzugeben, wo es doch die Slowakei als selbständigen Staat erst seit kurzem gibt. Dieser Trend scheint allerdings sehr stark zu sein; entweder sie passen sich zumindest den grundlegenden Anforderungen der internationalen Gemeinschaft an, oder es droht die Gefahr, daß das Land in die Isolation gerät. So stellt sich der Slowakei nicht die Frage, ob sie sich integrieren will, sondern wann, in was und unter welchen Umständen.

### *3. Die Illusion von den gleichwertigen Alternativen bzw. Optionen*

Diese Illusion drückt die erwähnte Erklärung Mečiars aus: "Wenn uns der Westen nicht will, gehen wir in den Osten." Sie beruht auf der inneren Überzeugung, daß sich die Mängel der slowakischen Außenpolitik durch aktive Ostpolitik kompensieren lassen. Das insolvente Rußland kann der Slowakei den Zugang zu den westlichen Märkten einfach nicht ersetzen, auf die derzeit die Mehrheit unserer Exporte ausgerichtet ist und die einen derart hohen Anteil der so gepriesenen makroökonomischen Ergebnisse der Slowakei ausmachen. Obendrein muß man sich den unterschiedlichen Charakter der westeuropäischen und der sich abzeichnenden (?) osteuropäischen Integration bewußt machen. Diese beiden zu vergleichen ist ähnlich, als wollte man die Grundprinzipien der NATO mit den Prinzipien und Methoden, auf denen der Warschauer Pakt aufbaute, vergleichen. Diese beiden Optionen sind nicht im geringsten gleichwertig, ihr langfristiger Beitrag differiert ebenfalls erheblich. Die Slowakei kann zwischen Ost und West nicht wertneutral bleiben. Darum ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Ostpolitik nicht, die Beziehungen zum Westen ins Gleichgewicht zu bringen, sondern, im Gegenteil, im Rahmen einer vollständigen Zuge-

[2] I. Samson, Geopolitická identíta Strednej Európy, in: Medzinárodné otázky, 4, 1992.

hörigkeit zum Westen sich nur auf ihre ökonomische Dimension im Sinne der Schaffung von vorteilhaften Rahmenbedingungen für slowakische Unternehmer zu konzentrieren. Auf keinen Fall darf dies jedoch um den Preis politischer und sicherheitspolitischer Verpflichtungen des Staates geschehen.

## Die Aussichten für eine Integration in die europäischen Strukturen

Laut slowakischer Regierung sind beinahe alle gewünschten Schritte, die Rechtsharmonisierung und Strukturreformen betreffen, unternommen worden. Unter diesem Gesichtspunkt steht dem Beginn von Verhandlungen über die Aufnahme in die EU nichts im Wege. Im Gegensatz dazu weisen Vertreter der EU jedoch darauf hin, daß das Niveau der erzielten konstitutionellen und administrativen "Hardware" - pluralistisches politisches System, direkt gewähltes Parlament, Gewaltenteilung und zivile Kontrolle der Streitkräfte - vorläufig für die Aufnahme von Verhandlungen nicht ausreichend sei. Die Slowakei müßte drei grundsätzliche Bedingungen erfüllen: vorbereitet sein, den sogenannten "Acquis communitaire" der EU anzunehmen, die erreichten makroökonomischen Ergebnisse stabilisieren und demokratische Institutionen stärken, damit Demokratie und Rechtsstaat dauerhaft garantiert sind.

Verglichen mit dem westlichen Standard, hat die Slowakei diese drei Konditionen aus folgenden Gründen noch nicht erfüllt:

- Jede politische Macht ist in den Händen des Regierungsvorsitzenden konzentriert, mit der eindeutigen Tendenz, die Gewaltenteilung weiter einzuschränken.
- Die früher durchgeführte Minderheitenpolitik ist durch nationalistische Reformen in Fragen des Sprachgebrauchs, des Minderheitenschulwesens und der Verwaltung entwertet (untergraben) worden.
- Gegen die Unabhängigkeit der Medien ist verstoßen worden (z.B. durch die Besetzung des Rundfunk- und Fernsehrates ausschließlich mit Anhängern der Regierungsparteien, durch die Restriktion regierungskritischer Programme und durch Einschüchterungsversuche).
- Es vergrößert sich der Einfluß der Regierung auch auf den privaten Wirtschaftssektor in Verbindung mit der Umkehrung des Privatisierungsprogramms, um aus diesen Quellen die politischen Parteien zu finanzieren.
- Vor kurzem gebildete Kontrollorgane wurden liquidiert bzw. durch administrative Methoden funktionsunfähig gemacht.
- Der internationale Handel ist durch Importbeschränkungen gestört.[3]

Diese Bedingungen sind eng miteinander verknüpft, und wenn die Slowakei sie in nächster Zukunft erfüllen will, muß sie im ausreichenden Maße flexibel sein, um den "Acquis communitaire" zu implementieren sowie die EU-Hilfe im Rahmen des PHARE-Programms zu absorbieren. Besondere Betonung legen die Vertreter der Europäischen Union offenkundig jedoch auf politische Stabilität und Demokratie.

## Zusammenfassung

Abschließend kann festgestellt werden, daß das primäre außenpolitische Problem der Slowakei, auch wenn es paradox klingt, ihre unsichere innenpolitische Lage ist. Die Signale der ausländischen Partner, vor allem aus den Mitgliedsländern der EU und den USA, zu dieser Problematik sind mehr als deutlich - angefangen mit der Demarche der EU vom Dezember 1994, über die Demarchen der EU und der USA vom Oktober 1995 bis zur Resolution des Europäischen Parlaments. Sie alle weisen übereinstimmend auf die negativen Erscheinungen hin - das Bestreben, die Macht zu usurpieren,

[3] D.W. Bricke/Z. Lukas/S. Szomolányi, Country reports: Slovakia, in: Central and Eastern Europe on the way into the European Union, Gütersloh 1995.

ungenügenden Respekt vor dem Kräftegleichgewicht ("balance of power"), Nichtzulassung elementarer demokratischer Kontrolle über die Nachrichtendienste (Erweiterung des Sonderkontrollorgans OKO um oppositionelle Abgeordnete), die Nichtbeteiligung der Opposition an der Macht (wenigstens an der gesetzgebenden, so daß sie auch wichtigere Posten besetzt als den parlamentarischen Ausschuß für die Umwelt).

Angesichts der deklarierten prowestlichen Orientierung und des Bemühens der Slowakei, in die EU, WEU und NATO integriert zu werden, sind die häufigen Kontakte zwischen den höchsten Vertretern der Slowakischen Republik und der Russischen Föderation beunruhigend, die vor allem auf die Festigung der Beziehungen im Wirtschaftsbereich abzielen. Die slowakische Seite bringt zu ihrer Verteidigung vor, daß sie auf den russischen Markt zurückkehren bzw. sich davon nicht verdrängen lassen möchte. Dieses Bestreben ist legitim, besorgniserregend ist jedoch die Tatsache, daß sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation auf zwei strategische Bereiche konzentriert - auf die Energiewirtschaft (die Slowakei ist in vielen Bereichen zu 100% von Rußland abhängig und hat bislang keine offenkundigen Bemühungen um Diversifizierung der Energiequellen an den Tag gelegt) und auf die Rüstungsindustrie. Auch deshalb wird die slowakische Außenpolitik von den westlichen Partnern häufig als doppeldeutig aufgefaßt. Es scheint, als verließe sich die gegenwärtige slowakische Elite in ihrem außenpolitischen Kalkül und dem Balancieren zwischen Ost und West zu sehr auf die "einzigartige geostrategische Lage der Slowakei".

Die Unklarheit der außenpolitischen Orientierung der jetzigen slowakischen Regierung wird obendrein dadurch verstärkt, daß die beiden kleinen Parteien der Regierungskoalition, die Slowakische Nationalpartei (SNS) und die "Vereinigung der Arbeiter der Slowakei" (ZRS), offen für eine nicht näher definierte Neutralität der Slowakei eintreten bzw. ihren Unwillen in bezug auf eine europäische Integration erklären. Die beiden Parteivorsitzenden, Ján Slota von der SNS und Ján L'upták vom ZRS, haben sich gegen eine NATO-Erweiterung und einen baldigen Beitritt der Slowakischen Republik in diese Organisation ausgesprochen. Der führende Koalitionspartner, die HZDS, umging diese Erklärungen mit Schweigen bzw. erklärte, daß die programmatische Regierungserklärung wesentlich sei. Diese Toleranz und Nachsicht gegenüber den Koalitionsparteien könnte von ausländischen Partnern auch als stillschweigende Zustimmung ausgelegt werden.

Den Regierungen einzelner Länder ist normalerweise ein Zeitraum von 100 Tagen relativer Ruhe vergönnt, damit sie beweisen können, worin das Neue ihrer Politik und ihr Beitrag für die Bürger besteht. Wenn neue Regierungen 100 Tage eingeräumt bekommen, welchen Zeitraum müßte demnach neuen Staaten zugestanden werden, die nicht die notwendige Infrastruktur und keine Traditionen des Regierens haben? Wie diese Analyse zeigt, hat die slowakische Außenpolitik, aber auch die Innenpolitik unter offenkundigen Kinderkrankheiten zu leiden. Viele der beschriebenen Fehler und Mängel sind darauf zurückzuführen, daß man sich die Folgen nicht bewußt macht und es keine langfristigen, von Fakten gestützten Strategien gibt, viele waren Randerscheinungen des unbarmherzigen Kampfes um politische und vor allem wirtschaftliche Macht in dem neu entstandenen Staat. Diese Situation verlangt von den westlichen Demokratien eine gewisse Geduld und die Bereitschaft zu einem konsequenten, regelmäßigen und sehr intensiven kritischen Dialog mit den Vertretern der Slowakei auf höchster Ebene. Die außenpolitische Isolation der Slowakei bzw. ihre politische Ausgliederung aus dem mitteleuropäischen Raum wäre unter dem Blickwinkel langfristiger Interessen des Westens ein grober Fehler. Die Slowakei war nämlich immer, vielleicht mit Ausnahme der vierzigjährigen Periode des Kommunismus, zivilisatorisch ein Bestandteil des Westens.

Miroslav Wlachovský

Der Verfasser ist Direktor des Research Centre of the Slovak Foreign Policy Association, Bratislava.

Redaktion: Eleonora Schneider
Übersetzung: Olga Löwen

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110
ISSN 0945-4071